

BEERLIN GANZ NAH

CDU

Ausgabe 6/2017

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten Maik Beermann

Berlin

- 2 Die Kanzlerin kommt!
- 3 Dem linken Terror entgegentreten
- 4 Würdigung des Ehrenamtes
- 4 Arbeitsmotor Digitalisierung
- 4 Kinder psychisch kranker Eltern
- 5 Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufs
- 5 Zur Lage der älteren Generation
- 5 Kein Geld für Verfassungsfeinde
- 6 Reform der Bund-Land-Finanzen
- 6 Legislaturbericht Digitale Agenda
- 7 Treffen mit Betroffenen
- 7 Stärkung der Betriebsrente
- 8 Verbot von Kinderehen
- 8 Freies WLAN weiter gestärkt
- 8 Jugend vertraut klassischen Medien
- 9 Besuchergruppen

Wahlkreis

- Übergabe der Europapässe 10
- Podiumsdiskussion in der BBS 10
- Kreispokalfinale 10
- Diskussion beim Landvolk 11
- Eröffnung des MGH Nienburg 11
- Kreisfeuerwehrwettbewerbe Nienburg 11
- Firmenbesichtigung mit der SU 12
- Sportabzeichentag 12
- Jubiläum mit von der Leyen 12
- Kreiszeltlager Schaumburg 13
- Kreiszeltlager Nienburg 13
- Bei der Jungen Union Nienburg 13



Die Kanzlerin kommt!

Die zentrale Großkundgebung der CDU Deutschlands in der Region Hannover, sowie für die Landkreise Schaumburg und Nienburg, für den Bundestagswahlkampf 2017, wird mit

**der Bundesvorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
am 18. August in Steinhude**

stattfinden. Beginnen wird die Veranstaltung mit einem bunten Vorprogramm ab 16 Uhr, die Rede wird

gegen 17.00 Uhr

erwartet.

Dass es gelungen ist, Angela Merkel und die zentrale Wahlkampfveranstaltung der Region nach Steinhude zu bekommen, freut mich riesig. Das Steinhuder Meer ist eine der schönsten Regionen in Niedersachsen, die den Besuchern ideale Rahmenbedingungen bietet um den Nachmittag in besonderer Erinnerung zu behalten. Die Ortswahl ist aber nicht nur der idyllischen Landschaft geschuldet, sondern zeigt, dass der CDU neben den Städten auch die ländlichen Räume wichtig sind.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Weitere Details werden bekannt gegeben, sobald die Organisation der Veranstaltung fortgeschritten ist.

Dem linken Terror entgegentreten

Wenn Steine geschmissen, Brandsätze gezündet, mit Stahlkugeln geschossen, geplündert wird, rohe Gewalt zum Einsatz kommt und dabei Menschenleben bewusst in Gefahr gebracht werden, dann ist das kein Protest mehr und keine Demonstration - es ist Terror!

Der Terror zum G20 Gipfel in Hamburg hat uns in der letzten Woche überdeutlich gezeigt, wie frei, wie unantastbar und ungehemmt sich die linksextreme Szene in Deutschland mittlerweile fühlt und dass die Linke, die Grünen aber auch Teile der SPD ein deutliches Problem mit der Abgrenzung von dieser Gewalt haben. Unterstützt wird dies durch Journalisten, denen die krudeste Argumentation nicht zu schade ist, diese Gewaltorgie auch noch unserer Polizei in die Schuhe zu schieben und die verummten Terroristen in Schutz zu nehmen.

Das muss ein Ende haben! Linksextremismus muss - genauso wie Rechtsextremismus - geächtet und bekämpft werden. Man stelle sich nur einmal vor, es wären Rechtsextreme in Hamburg gewesen - die Republik stünde Kopf vor Entsetzen! Den Politikern von Links dürfen ihre Relativierung und ihre Sympathien für diese Gewalttäter nicht mehr als Bagatelle durchgehen.

Es muss jetzt entschieden gehandelt werden und ich unterstütze ganz deutlich die Forderung, die linken Zentren in Hamburg, Berlin und überall sonst genau zu prüfen und besetzte Gebäude zu räumen um wieder Recht und Ordnung herzustellen und den Extremisten und ihren Unterstützern zu zeigen, dass hier nun endgültig eine rote Linie überschritten wurde.

Wir dürfen uns von solchen Leuten nicht vorschreiben lassen, wo wir solch wichtige Gipfel abhalten dürfen und wo unsere Polizei und wir hin dürfen und wo nicht.

Würdigung des Ehrenamtes

In der letzten Sitzungswoche sprach ich zum zweiten Engagementbericht der Bundesregierung. Ich würdigte in meiner Rede die Errungenschaften von Ehrenamtlichen für die lokale Entwicklung:

Ob Altenpflege oder Sportverein, ob Beistand für sterbende Menschen, ob freiwillige Feuerwehr, THW oder Schützenverein, ob Kirchengemeinden, Suppenküchen oder Tafeln – überall engagieren sich vor allem die Ehrenamtlichen. Als niedersächsischer Abgeordneter eines ländlich geprägten Raumes sehe ich die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit. Bürgerschaftliches Engagement gewinnt hierbei besondere Bedeutung; denn durch das Ehrenamt verbinden wir aus meiner Sicht Generationen und schaffen eine gerechtere Gesellschaft. 80 Prozent des Engagements werden im ländlichen Raum geleistet.

Beispiele wie die Kreisfeuerwehrlager in Nienburg und Schaumburg und der Einsatz der Kreisbereitschaft des DRK auf der Grünen Woche in Berlin zeigen die vielfältigen Möglichkeiten, sich für die Gesellschaft und seine Mitmenschen einzusetzen.

Um auch in Zukunft Menschen für ehrenamtliches Engagement zu begeistern, ist es für mich entscheidend, unnötige Bürokratie abzubauen. Das ist eine Aufgabe für die kommende Legislaturperiode. Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden reichen hier nicht mehr aus, sondern wir müssen liefern.

Da ich die Ehre hatte, die letzte Rede in der letzten vollen Sitzungswoche dieser Legislaturperiode zu halten, wünschte ich meinen Kolleginnen und Kollegen, sowie den Bürgerinnen und Bürgern einen erfolgreichen und schöpferischen Sommer und einen fairen Wahlkampf.



Arbeitsmotor Digitalisierung

Die Vorstellung von Start-ups als Ein-Mann-Betriebe hat mit der Realität nur noch wenig zu tun. Im Schnitt beschäftigt jedes deutsche Start-up Unternehmen derzeit 18 Mitarbeiter. Im Vergleich dazu waren es 2016 15 Angestellte. Dies belegen Ergebnisse einer Umfrage des Digitalverbandes

Bitkom unter mehr als 250 Unternehmensgründern. Dass deutsche Start-ups dabei immer erfolgreicher werden, zeigt sich auch darin, dass etwa zwei Drittel (64 Prozent) von ihnen im zurückliegenden Jahr neue Mitarbeiter einstellten. Auch für 2017 geben mehr als drei Viertel der Befragten (77 Prozent) an, mit weiteren Einstellungen zu rechnen.

Kinder psychisch kranker Eltern

Kinder psychisch kranker Eltern haben statistisch gesehen ein erhöhtes Risiko selbst im Laufe ihres Lebens psychisch zu erkranken. Umso wichtiger ist daher ein unterstützendes soziales Umfeld sowie qualifizierte Hilfe und Versorgung. Wir wollen herausfinden, inwiefern unter den bestehenden landes- und bundesgesetzlichen Regelungen eine

optimale Versorgung betroffener Familien gewährleistet werden kann und an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht. Dazu wollen wir unter Beteiligung der zuständigen Bundesministerien und relevanter Fachverbände eine Arbeitsgruppe einrichten, die entsprechende Vorschläge erarbeitet.

Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufs

Wir brachten die Pflegereformen in dieser Legislaturperiode mit der Reform der Pflegeausbildung zum Abschluss: Nachdem mehr Bedürftige mehr Leistungen in der Altenpflege beziehen, sorgen wir nun dafür, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist.

Unsere große Sorge war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Es ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler, die nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen.

Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt dann eine Auswertung der Anzahl der separaten Abschlüsse. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Deutsche Bundestag. Ebenso wird der Gesetzgeber über die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufsgesetzes durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beraten.

Zur Lage der älteren Generation

Im Fokus des Siebten Altenberichts stehen die kommunale Verantwortung für die Daseinsvorsorge, lokale Hilfestrukturen, die Gesundheitsversorgung sowie Pflege und Wohnen im Alter. Der Bericht weist insbesondere auf die

Herausforderung hin, angesichts sehr unterschiedlicher Verhältnisse in den Regionen Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse für ältere Menschen zu sichern. Der Bericht kann unter www.siebter-altenbericht.de abgerufen und eingesehen werden.

Kein Geld für Verfassungsfeinde

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir ein Gesetz zum Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung und zur Schaffung eines entsprechenden Verfahrens im

Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Nur das Bundesverfassungsgericht kann eine Partei von der staatlichen Teilfinanzierung ausschließen, wobei der Ausschluss für die Dauer von sechs Jahren erfolgt.

Reform der Bund-Land-Finanzen

Nach intensiven Beratungen stellen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage und schließen damit eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition ab. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, sorgen wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Im Vordergrund dieser Reform steht für uns die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir bei zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland.

Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen. So wird der Stabilitätsrat gestärkt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene überwacht. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundesmittel gesichert. Zudem stärken wir die Weisungsmöglichkeiten des Bundes beim Steuervollzug und machen somit den Vollzug im Finanzwesen effizienter. Des Weiteren schaffen wir mit einer neuen Bundeskompetenz die Grundlage für ein Bürgerportal, mit dem die Dienstleistungen von Bund und Ländern digital leicht erreichbar sein werden.

Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt. Wir sichern den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zum Bund zu und werden auf ihre Bedürfnisse bei diesen Veränderungen achten.

Wir reformieren in diesem Paket zudem den Unterhaltsvorschuss, eine besondere Hilfe für Alleinerziehende und ihre Kinder. Wir erweitern diese Unterhaltsleistung auf die betroffenen Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, es kommen also die 12- bis 17-Jährigen als neue Anspruchsberechtigte hinzu.

Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen. Als Land ohne Rohstoffe sind kluge Köpfe unsere Zukunft.

Legislaturbericht Digitale Agenda

Der Bericht beschreibt Erfolge und Maßnahmen der im Koalitionsvertrag vereinbarten „Digitalen Agenda 2014 bis 2017“ der Bundesregierung. Zu ihren Kernzielen gehören die Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung, vermehrter Zugang und Teilhabe für alle Menschen und die

Gewährleistung von Vertrauen und Sicherheit in digitale Technik und Kommunikation. Bedeutende Maßnahmen ihrer Umsetzung sind unter anderem der Ausbau der flächendeckenden Breitband-Infrastruktur, die Förderung von Industrie 4.0 und die Cyber-Sicherheitsstrategie. Der Bericht lässt sich **hier** downloaden.

Treffen mit Betroffenen

Keine Laune der Natur, sondern ein handfester Medikamentenskandal! In dieser Sitzungswoche führte ich ein wirklich interessantes aber auch emotionales Gespräch mit Betroffenen. Die Politik muss aus meiner Sicht hier tätig werden. Die Betroffenen brauchen ein Sprachrohr- auch in der Politik.



Stärkung der Betriebsrente

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel zum Thema Rente umgesetzt. Jetzt stärken wir mit der Betriebsrente das Zusammenspiel von gesetzlicher Rentenversicherung und ergänzender Altersvorsorge. Derzeit haben rund 60 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen erhöhen wir die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens.

Insbesondere Geringverdiener profitieren von dem neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat bezuschussen wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro. Für Geringverdiener wird eine Betriebsrente attraktiver, weil bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter

verrechnet werden. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr.

Die betriebliche Altersversorgung soll künftig zusätzlich über Tarifverträge ausgebaut werden. Die Arbeitnehmer sollen, begrenzt auf ein neues Sozialpartnermodell, auf eine Garantie verzichten, wie hoch die Betriebsrente am Ende ausfällt. Den Beschäftigten wird stattdessen eine Zielrente angeboten. Die neue Betriebsrente ohne Garantien ist ein Vertrauensvorschuss an die Tarifvertragspartner, an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Modells gerechtfertigt bleibt. Uns ist wichtig, dass sich kleine, nicht-tarifgebundene Betriebe dem neuen Modell anschließen können und dass es gut funktionierende, bestehende Betriebsrentensysteme nicht verdrängt.

Verbot von Kinderehen

Wir haben im Bundestag ein eindeutiges und dringend notwendiges Verbot von Kinderehen beschlossen. Im Zuge der Einreise von Flüchtlingen wurde in der jüngeren Vergangenheit eine größere Zahl von verheirateten Minderjährigen registriert – Ende Juli 2016 lebten knapp 1500 verheiratete Minderjährige in Deutschland. Auch in Deutschland werden Ehen mit Minderjährigen arrangiert und dabei in den meisten Fällen am Staat vorbei geschlossen – die Dunkelziffer dürfte daher die bekannten Fälle bei weitem übersteigen.

Wir haben nun durchgesetzt, dass das Ehemündigkeitsalter ausnahmslos auf 18 Jahre festgelegt wird und eine unter Verstoß gegen die Ehemündigkeitsbestimmung geschlossene Ehe aufhebbar ist.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen existiert allerdings eine Härtefallregelung. Demnach kann

eine Ehe als Ausnahme bestehen bleiben, wenn eine Aufhebung eine schwere Härte darstellen würde. Die Schwelle hierzu ist allerdings sehr hoch und nur extreme Härten, wie eine lebensbedrohliche Krankheit oder eine krankheitsbedingte Suizidabsicht, sind in der Praxis davon umfasst.

Ein klares Zeichen haben wir durch die Regelung gesetzt, dass eine Ehe, bei der ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Eheschließung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, unwirksam ist. Sie wird also von vornherein als nichtig eingestuft. Durch die Einführung eines Trauungsverbots für Minderjährige erreichen wir ein Verbot von rein religiösen oder kulturellen Ehen mit Minderjährigen. Damit verhindern wir, dass Ehen am Staat vorbei geschlossen werden und Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen werden, unter denen insbesondere junge Mädchen oft zu leiden haben.

Freies WLAN weiter gestärkt

In erster Lesung berieten wir einen Gesetzentwurf zur Konkretisierung der gesetzlichen Grundlagen für die Nutzung offener WLAN-Netze und deren Anbieter. So schaffen wir vor allem Rechtssicherheit für die Anbieter von Internetzugängen, was den Umfang ihrer Haftungsbeschränkung betrifft. Auch stellen wir klar, dass WLAN-Betreiber nicht verpflichtet werden können, Nutzer zu registrieren, ihr WLAN dauerhaft nicht mehr anzubieten oder die Eingabe eines Passworts zu verlangen.

Jugend vertraut klassischen Medien

Ergebnissen der Kinder- und Jugendstudie des Digitalverbandes bitkom zufolge, nutzen 70 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen das Fernsehen, um sich über aktuelle Nachrichten zu informieren. Darauf folgt auf Platz zwei, mit 47 Prozent, das unter Jugendlichen oftmals vergessen geglaubte Radio. Den dritten Platz teilen sich Soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook mit den Printmedien (je 34 Prozent). Insgesamt geben 89 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen an, sich über die weltweite Nachrichtenlage zu informieren. Die Umfrage zeigt, dass die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen weiter auf klassische Medien vertraut, wenn es um das aktuelle Tagesgeschehen geht. Internetrecherche betreiben Jugendliche hingegen vor allem bei den Themen Musik, Schule bzw. Ausbildung sowie Serien und Filme.

Besuchergruppen

Warum müssen wir Schulgeld bezahlen? Warum bekommen wir keine Ausbildungsvergütung? Alles berechnete und nachdenkliche Fragen der Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflegeschule der PLSW Stadthagen. Und genau darüber müssen wir auch diskutieren, weil ich glaube, dass junge Menschen, die sich ganz bewusst für diesen wichtigen Beruf entscheiden, mehr Unterstützung bekommen müssen, als das bisher der Fall ist.



Vielen Dank auch an die Mitglieder des MTV Nienburg für den Besuch im Deutschen Bundestag und die wahrlich spannende und kontroverse Diskussion im Anschluss.



Tolle Diskussion ebenso mit den Schülerinnen und Schülern von Ratsgymnasium Stadthagen, die mich bei sehr sommerlichen Temperaturen im Deutschen Bundestag besucht haben.



Übergabe der Europapässe

Kürzlich wurden in der BBS Nienburg die Europapässe an erfolgreiche Auszubildende des Erasmus+ Programms der EU vergeben. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich die Festrede und Laudatio für die Absolventinnen und Absolventen übernehmen durfte. Viel Erfolg den jungen und reiferen Auszubildenden auf ihrem weiteren Lebensweg und vielen Dank an die Ausbildungsbetriebe, die den Auszubildenden dieses ermöglicht haben. Ebenso ein großes Dankeschön dem Europabeauftragten der BBS Nienburg, Michael Wagner, für sein besonderes Engagement.



Podiumsdiskussion in der BBS

Ein Lob an den Kreischülerrat Nienburg und den Koordinator Politik der BBS Nienburg/Weser Heiner G. Werner für eine wirklich gute Podiumsdiskussion. Innere Sicherheit, Digitalisierung, Integration und die Zukunft der Arbeit waren die Themen. Vielen Dank auch an die zahlreichen Schülerinnen und Schüler die dabei waren und interessiert nachgehakt haben.



Kreispokalfinale

Gratulation an die 2. Herren von der SVBE Steimbke zum Gewinn des Kreispokals. Mit 3:1 besiegten die Mannen um Kapitän Jan Rieckhof den TSV Eystrup. Es war mir eine große Freude den Siegerpokal überreichen zu dürfen. Ebenfalls herzliche Glückwünsche an die Altliga Herren aus Steimbke, den Altherren aus Warmsen und den Damen aus Rehburg-Loccum, die ebenfalls die Kreispokale in ihren Spielklassen gewinnen konnten.



Diskussion beim Landvolk

Das war eine spannende und auch kontroverse Podiumsdiskussion, die vom Landvolk Mittelweser und vom Landvolk Weserbergland organisiert wurde. Mehr Verlässlichkeit, weniger Bürokratie, Vertrauen und schnelles Internet für jeden landwirtschaftlichen Betrieb - das sind nur einige Bereiche, die in Zukunft angegangen werden müssen. Vielen Dank für die Einladung, ich habe diese gerne angenommen.



Eröffnung des MGH Nienburg

Kürzlich haben wir das Mehrgenerationenhaus (familienHort) in der Nienburger Alpheide feierlich eröffnet. Vielen Dank an die zahlreichen Projektpartner, Unterstützer, Sponsoren und an die Verwaltung und Politik, die zum Gelingen des Projektes beigetragen haben. Ich persönlich freue ich mich, dass ich durch meine Unterstützung auf Bundesebene einen Teil des erfolgreichen Weges mit gestalten durfte und der Landkreis Nienburg nun zu den wenigen Landkreisen mit gleich zwei MGH gehört!



Kreisfeuerwehrwettbewerbe Nienburg

Kreisfeuerwehrwettbewerbe des Kreisfeuerwehrverbandes Nienburg in Rehburg: Mehr als 50 Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehren aus dem Landkreis Nienburg waren dabei und haben sich in einem fairen Wettkampf duelliert. Gemeinsam mit Landrat Detlev Kohlmeier durfte ich die Siegerpokale überreichen. Vielen Dank an die ausrichtende Ortswehr aus Rehburg, an die Wettkampfrichter und die zahlreichen Wettkampfgruppen!



Firmenbesichtigung mit der SU

Das war eine interessante Betriebsbesichtigung mit der Seniorenunion Bückeburg und unserer Landtagskandidatin Colette Thiemann bei der Firma dbi Eggers. Mehr als 2.100 Kunden zwischen Bremen und Höxter versorgt das von Ulrike und Dietmar Eggers geführte Unternehmen mit Miettextilien.



Sportabzeichentag

Sportabzeichen bei und mit dem Holtorfer SV sowie der BKK24 - jetzt müsste ich nur noch 800 Meter schwimmen und dann sollte es eigentlich für das Sportabzeichen in Silber reichen.



Jubiläum mit von der Leyen

50jähriges Patenschaftsjubiläum der Gemeinde Rodewald und der 3./33 des Panzergrenadierbataillon aus Luttmersen. Ich habe mich sehr gefreut, dass unsere Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen zu diesem besonderen Anlass nach Rodewald gekommen ist um das feierliche Appell abzunehmen und die besondere Verbindung zwischen den Bürgern aus Rodewald und der Truppe zu unterstreichen. Ebenfalls dabei mein Kollege aus Hannover/Land Hendrik Hoppenstedt. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und vielen Dank an Bürgermeisterin Katharina Fick und Ratsmitglied Stefan Göbel sowie dem Orgateam für eine gelungene Veranstaltung.



Kreiszeltlager Schaumburg

Das ist ein überragendes Kreiszeltlager der Kreis-Jugendfeuerwehr Schaumburg für die 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewesen. Vielen Dank an Silke Weibels und ihrem Team für die Zeit, die sie sich für mich genommen haben. Ich bin immer wieder beeindruckt von dem, was die einzelnen Jugendwehren mit ihren Jugendfeuerwehrwartinnen und -warte, den Betreuerinnen und Betreuern und den Helferinnen und Helfern alles auf die Beine stellen. Hier wird in beeindruckender Weise Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement unter Beweis gestellt und noch viel besser - man kann es erleben.



Kreiszeltlager Nienburg

Beim Kreiszeltlager der Kreisjugendfeuerwehr Nienburg/Weser habe ich mich bei Kreisjugendfeuerwehrwart Mario Hotze, Larena Gleiminger, Philip Wehrenberg und Frank Mahlmann umfassend über das Lagerleben informiert und wir haben gemeinsam die Stationen des Orientierungsmarsches besucht, bei denen sich die Kinder und Jugendlichen in Kreativität, Geschicklichkeit und Wissen messen mussten. Danke an alle Helferinnen und Helfer, Betreuerinnen und Betreuer sowie an alle Verantwortlichen für dieses besondere Engagement. Die etwa 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden es mit Dank zurückgeben.



Bei der Jungen Union Nienburg

Letzte Woche war ich bei der Mitgliederversammlung des JU Kreisverbandes Nienburg und referierte, zusammen mit unserem Landtagskandidaten Frank Schmädke, über die Zukunft unseres Landes. Die JU ist einer unserer absoluten Aktivposten beim politischen Nachwuchs im Landkreis Nienburg. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit einer motivierten Truppe!

